



Antrag auf Leistungen für Bildung und Teilhabe

- Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben -

nach § 6b BKGG i. V. m. § 28 SGB II, § 34 SGB XII, §§ 2, 3 AsylbLG

Erstantrag Wiederholungsantrag

Daten zum/zur Antragsteller/in:

Name, Vorname		Nationalität
Anschrift (Straße, Nummer, Postleitzahl, Ort)		Telefonnummer
Bankinstitut/Kreditinstitut:		
IBAN:		
BIC:		

Ich beziehe bzw. mein Kind bezieht folgende Sozialleistungen: Aktenzeichen

<input type="checkbox"/> Leistungen nach dem SGB XII oder Leistungen nach den §§ 2 oder 3 AsylbLG	
<input type="checkbox"/> Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz – BKGG	
<input type="checkbox"/> Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz – WoGG	

Bescheide bitte beifügen!

Sollten Sie eine der o. g. Leistung beantragt haben zu denen Ihnen noch kein Bescheid vorliegt, so geben Sie bitte hinter der beantragten Leistung „beantragt“ an und reichen Sie diesen unverzüglich bei Vorliegen nach.

Ich beantrage für das Kind:

(Hinweis: für jedes Kind wird ein gesonderter Antrag benötigt)

Name, Vorname	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich	Geburtsdatum
Aktivitäten	Anschrift Verein/ Veranstalter	
Sonstiger Bedarf (z.B. Zuschuss zum Musikinstrument)		

Eine Bestätigung des Anbieters/Vereins der Aktivität ist dem Antrag beizufügen (siehe Rückseite).

Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben.

 Ort, Datum

 Unterschrift Antragsteller/in bzw. gesetzlicher Vertreter



Bestätigung des VEREINS/TRÄGERS über die Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

Hiermit wird bestätigt, dass

Name, Vorname

Geburtsdatum

in unserem Verein / bei unserem Träger seit dem _____ Leistungen in Anspruch nimmt.
Datum

Art der Leistung

Kosten

	_____ EUR <input type="checkbox"/> im Monat <input type="checkbox"/> im Quartal <input type="checkbox"/> im Halbjahr <input type="checkbox"/> im Jahr
	_____ EUR <input type="checkbox"/> im Monat <input type="checkbox"/> im Quartal <input type="checkbox"/> im Halbjahr <input type="checkbox"/> im Jahr
<input type="checkbox"/> Ferienfreizeit	_____ EUR

Kontaktdaten

Name und Anschrift des Vereins/Trägers/Anbieters:	
Ansprechpartner:	
Telefonnummer:	

Die Richtigkeit der Angaben wird bestätigt.

Ort, Datum

Stempel

Unterschrift

Hinweisblatt über die Informationspflichten zur Erhebung von personenbezogenen Daten für Leistungen nach Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch (SGB XII) und Bundeskindergeldgesetz (BKGG) i.V.m. SGB II (Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen im SG 51.3 – BuT)

1. Namen und Kontaktdaten des (innerorganisatorisch) Verantwortlichen (Art. 13 Abs. 1 lit. a Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO))

Landratsamt Wartburgkreis
Leiter des Amtes für Versorgung und Migration
Erzberger Allee 14, 36433 Bad Salzungen
Tel. (0 36 95) 61 75 00; Fax. (0 36 95) 61 75 99
E-Mail: versorgung.migration@wartburgkreis.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Landratsamt Wartburgkreis
Datenschutzbeauftragte
Erzberger Allee 14, 36433 Bad Salzungen
Tel. (0 36 95) 61 56 07; Fax. (0 36 95) 61 56 99
E-Mail: datenschutz@wartburgkreis.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung (Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)

Das Landratsamt Wartburgkreis benötigt Ihre Daten, um über den Antrag auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu entscheiden.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung (Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO)

Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung ergeben sich aus den gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e und Art. 9 Abs. 2 Buchstabe b DS-GVO angepassten Vorschriften in

- § 6b BKGG i.V.m. §§ 28 u. 29 SGB II
- §§ 34 u. 34a SGB XII
- §§ 2 u. 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) i.V.m. SGB XII
- §§ 67a – 85a SGB X

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden in Einzelfällen weitergegeben an folgende Empfänger:

- abhängig von der beantragten BuT-Leistung ggf. an die jeweilige Kindertagesstätte, die jeweilige Schule oder den jeweiligen Leistungsanbieter;
- Landratsamt Wartburgkreis – Finanzverwaltung;
- ggf. Landratsamt Wartburgkreis – Amt für Liegenschaften und Schulverwaltung;
- ggf. Landratsamt Wartburgkreis – Jugendamt;
- ggf. Jobcenter Wartburgkreis.
- im Rahmen der Amtshilfe auch an Dritte/Behörden wie z.B. das Finanzamt, Gerichte usw.

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Mit Einstellung oder Ablauf der BuT-Leistungen werden die Unterlagen soweit keine Rückforderungen mehr bestehen gem. Akten- und Schriftgutarchivierung des LRA WAK vom 18.04.1997 und der Aufbewahrungsfristen gem. der Anlage zum KGSt-Bericht (Kommunale Gemeinschaftsstelle) Nr. 16/1990 für die Dauer von 10 Jahren archiviert.

Nach Ablauf der Archivierungsfrist werden die Daten vollständig gelöscht bzw. vernichtet.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung (Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

a) Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben Sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

b) Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

c) Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

d) Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO i.V.m. § 84 Abs. 3 SGB X aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

e) Im Zusammenhang mit der Bearbeitung Ihres Antrages auf o.g. Leistungen besteht **kein** Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO, da die Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse liegt (vgl. Art. 20 Abs. 3 DSGVO).

f) Es besteht auch **kein** Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO, da die Vorschriften des SGB XII in Verbindung mit dem SGB I und dem SGB X die Verarbeitung von personenbezogenen Daten vorsehen (vgl. § 35 SGB I i.V.m. §§ 67 a bis 85 a SGB X).

9. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Häbelerstraße 8, 99096 Erfurt
www.tlfdi.de

10. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten (Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist geregelt in § 10 BKGG, §117 SGB XII, §§ 60 -65 SGB I, § 9 AsylbLG. Die Folge Ihrer Nichtbereitstellung ist die Ablehnung Ihres Antrages auf Bildungs- und Teilhabeleistungen (§ 66 SGB I).

11. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

Trifft nicht zu.

12. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck (Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden. Jedoch erfolgt die Verwendung der erhobenen Daten in anonymisierter Form (d. h. ohne Namen und Anschrift) für Statistikzwecke (§ 121 SGB XII).